

MILLIONENSCHADEN DURCH BIBLIS-PFUSCH

MINISTERIN PUTTRICH ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

Die SPD hat die Landesregierung aufgefordert, gegen die ehemalige Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) ein Schadensersatzverfahren einzuleiten. Die Ministerin müsse dafür haften, dass sie durch ihre rechtswidrige Verfügung zur Stilllegung des AKW Biblis bereits jetzt einen finanziellen Schaden in Höhe von drei Millionen Euro für das Land angerichtet habe. Dieser Betrag entspreche den bisher aufgelaufenen Prozess- und Anwaltskosten des Landes in der Auseinandersetzung mit dem Kraftwerksbetreiber RWE.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Norbert Schmitt**,

sagte „Frau Puttrich hat damals ihre Amtspflichten als Umweltministerin sehenden Auges verletzt.“ Sie habe aus rein politischen Gründen – nämlich wegen der in anderen Ländern bevorstehenden Landtagswahlen – auf die notwendige Anhörung der Betreiber von Biblis verzichtet und damit vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig gehandelt. Ein Schadensersatzverfahren gegen die Ministerin sei überfällig, weil zum Jahresende die Verjährung drohe. Norbert Schmitt stellte fest, dass Frau Puttrich offensichtlich geschont werden solle, weil sonst auch Ministerpräsident Bouffier verstärkt in den Blickpunkt rücke, der zusammen mit der Bundeskanzlerin an Recht und Gesetz



AUCH WENN DIE SCHADENSERSATZKLAGE VON RWE NOCH OFFEN IST, IST BEREITS EIN MILLIONENSCHADEN ENTSTANDEN

vorbei den Atomausstieg verkündet habe. „Noch ist Frau Puttrich das Schutzschild für den Ministerpräsidenten.“

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID



FOTOMONTAGE: GERT-UWE MENDE

SCHWARZ-GRÜN BREMST BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Die von Schwarz-Grün geplante Novellierung des Hessischen Schulgesetzes blockiert weiterhin alle Impulse für mehr Bildungsgerechtigkeit. Dieses Fazit zog der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Christoph Degen**. Er warf der



Landesregierung vor, sie bleibe mit dem Gesetzentwurf selbst hinter den geringsten Erwartungen zurück, indem sie sich allen fortschrittlichen Konzepten für Chancengleichheit verweigere. „Die Novelle bringt keinen bildungspolitischen Fortschritt, keine substantiellen Neuerungen und ist kein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie ist ein

Sammelsurium von Änderungen an unterschiedlichsten Paragraphen, die letztlich nur nachvollziehen, was an den Schulen in Hessen längst Realität ist. Selbst das nun ins Gesetz geschriebene formale Aus für die Hauptschulen, die ohnehin niemand in Hessen neu gründen will, ist nicht mehr als ein hübsches Geschichtchen für die Medien.“



FOTO: ANNA-MARI WEST - FOTOLIA

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

DURCHBRUCH FÜR LOHNGERECHTIGKEIT

Lisa Gnadl, frauenpolitische Sprecherin, lobte den Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig für ein neues



Entgeltgleichheitsgesetz als einen „echten Durchbruch zum Abbau der bestehenden Lohnlücke von 21 Prozent zwischen Männern und Frauen in Deutschland“.

„Nach den SPD-Initiativen zur Einführung des Mindestlohns, zur Frauenquote für Aufsichtsräte und zum ElterngeldPlus, die sich auf eine bessere Bezahlung von Frauen auswirken, schafft das Gesetz eine längst überfällige gesetzliche Regelung zur Schaffung von Transparenz und damit zur Einklagbarkeit von fairem Lohn.“

STUDENTISCHE WOHNUNGSNOT

„Wir fordern angesichts des knappen Wohnraums und des Dramas in Form von Schlangen von Studierenden vor den Wohnraumvermittlungsstellen zu jedem Semesterbeginn in den hessischen Hochschulstandorten ein



Umdenken. Wohnraum in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Marburg ist knapp und häufig unbezahlbar. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, schlägt die SPD ein Konzept ‚Landcampus‘ vor“, sagte **Michael Siebel**. Man könne Leerstände im ländlichen Raum für Studierende aktivieren.



DIE SPD HAT ALS TREIBENDE KRAFT IN DER GROSSEN KOALITION DEN BESCHLUSS DER BUNDESREGIERUNG ZUR LOHNGERECHTIGKEIT DURCHGESETZT

PAKT FÜR WEITERBILDUNG ÜBERFÄLLIG

Die Abgeordnete **Kerstin Geis** nannte die dringend erforderliche Erhöhung der finanziellen Mittel für den Pakt für Weiterbildung „überfällig“ und sagte: „Im Ländervergleich rangiert Hessen bei der Teilnahme an Weiterbildungsangeboten von Volkshochschulen und Freien Trägern auf dem zweiten Platz. Bei der Finanzierungsbeteiligung der Bundesländer an solchen Angeboten aber hat Hessen die rote Laterne in der Hand. Der Pakt für Weiterbildung ist nicht zuletzt deshalb notwendig und daher unterstützenswert.“ Die derzeitige Förderung der Volkshochschulen und der Freien Träger liege um 50 Prozent unter dem Niveau aller anderen Bundesländer. Nach Jahren der Kürzung sei endlich eine dringend erforderliche Erhöhung der bisher zugewiesenen Mittel erfolgt.



KEINE STRATEGIE FÜR VERKEHRSWENDE

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Timon Gremmels** hat die Pläne der schwarz-grünen Koalition für die Einführung einer Blauen Plakette für Dieselaautos kritisiert. „Es führt uns wieder einmal vor Augen, dass der schwarz-grünen Landesregierung eine Gesamtstrategie für eine echte Verkehrswende in Hessen fehlt. Es ist lediglich ein hilfloser Versuch, das Problem irgendwie in den Griff zu bekommen.“ Die Strategie der Landesregierung, im Bundesrat öffentlichkeitswirksam die Einführung einer Blauen Plakette zu fordern, sich aber in einer weniger beachteten Bundesratsentscheidung gegen ein Ende der Verbrennungsmotoren bis 2030 auszusprechen zeige, dass Hessen eine durchdachte Gesamtstrategie fehle. „Das Land selbst sollte mit gutem Beispiel vorangehen“, fordert Gremmels.



FACHKRÄFTEMANGEL

WORTHÜLSEN VOM MINISTER

Bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels liefert Schwarz-Grün Worthülsen statt greifbare Ergebnisse. In der Erwiderung auf die Regierungserklärung des Sozialministers zum Thema „Fachkräfte gewinnen – Arbeitsmarkt sichern“ sagte **Wolfgang Decker**: „Es mangelt dieser Landesregierung am Willen, Dinge grundlegend verbessern zu wollen.“

Decker sagte, dass die flächendeckende Verbesserung der Kinderbetreuung, der Ausbau von Ganztagschulen und ein qualifiziertes Einwanderungsgesetz zur Fachkräftesicherung notwendig seien. „Nicht erwerbstätige oder gering-

fällig beschäftigte Frauen bilden das größte Fachkräftereservoir. Hunderttausende haben den Wunsch, ins Erwerbsleben zurück zu kehren. Sie können es in vielen Fällen nicht, weil Kinderbetreuung fehlt.“

Im Hinblick auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen guter Schulbildung, qualifiziertem Schulabschluss, Berufsausbildung und der Vermeidung des Fachkräftemangels nannte Decker den schwarz-grünen Entwurf zum Schulgesetz eine herbe Enttäuschung. Bei der Ausbildungsförderung gebe es noch viel Optimierungsbedarf. Eine grundlegende



FOTO: PRIVAT

MITTEN DRIN IM ALLTAG VON FACHKRÄFTEN: WOLFGANG DECKER BEI EINEM PRAXISTAG IM KRANKENHAUS

Evaluation aller Bildungsangebote sei bisher nicht erfolgt. Ein weiteres Element zur Eindämmung des Fachkräftemangels sei die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen. Außer der Feststellung, dass es hier Potentiale gebe, biete die Landesregierung auch dazu keine konkreten Ideen.

LEBENSMITTEL WERTSCHÄTZEN

Die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Angelika Löber**, hat mehr Wertschätzung von Lebensmitteln gefordert und Lebensmittelverschwendung angeprangert. „Es ist skandalös, dass in Deutschland fast die Hälfte aller produzierten Lebensmittel auf dem Müll landet. Mehr als die Hälfte davon wäre noch genießbar. Rund 20 Millionen Tonnen Lebensmittel werden jährlich vernichtet.“ Die Erzeugung von Nahrungsmitteln verursache zudem klimaschädliche Treibhausgase und belasten Böden, Luft und Grundwasser. Wenn Lebensmittel im Müll landeten, sei der Einsatz der Ressourcen teilweise vergeblich.



Die Erzeugung von Nahrungsmitteln verursache zudem klimaschädliche Treibhausgase und belasten Böden, Luft und Grundwasser. Wenn Lebensmittel im Müll landeten, sei der Einsatz der Ressourcen teilweise vergeblich.



LÄRMQUELLE: LANDENDEN FLUGZEUG AM FLUGHAFEN FRANKFURT

FOTO: FRAPORT AG

LÄRMOBERGRENZE MUSS WIRKSAM SEIN

Eine rechtlich verbindliche Lärmobergrenze für den Flughafen Frankfurt hat **Marius Weiß** gefordert. „Die SPD will eine Obergrenze, die einen fairen Interessenausgleich vornimmt und die Beteiligung der Betroffenen respektiert – Schwarz-Grün liefert nichts davon“, sagte Weiß. Der Vorschlag von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir sei kein schlüssiges Konzept, sondern lediglich eine bunte Computerpräsentation - „Power-



point-Karaoke“- die nicht mit belastbaren Daten und Zahlen unterlegt sei. Für die SPD schlug Weiß einen anderen Weg vor: Zunächst sollten die technisch möglichen Lärmreduzierungspotenziale identifiziert werden und deren Realisierung in verbindlichen Fünf-Jahres-Abschnitten festgeschrieben werden. Deutliche Kritik äußert der Fluglärmexperte auch am Vorgehen bei der Erstellung seines Plans: „Weder die politische Opposition noch die Vertretungen der betroffenen Menschen sind von Ihnen wirklich beteiligt worden.“

FINANZIELLE NOTLAGEN

Auf Antrag von CDU und Grünen hat der Landtag über interkommunale Zusammenarbeit und freiwillige Gemeindefusionen debattiert. Der SPD-Landtagsabgeordnete **Tobias Eckert** sagte: „Die



schwarz-grüne Koalition feiert einen vermeintlichen Lösungsweg für kleinere, defizitäre Gemeinden, den Schwarz-Grün in Form von interkommunaler Zusammenarbeit und Gemeindefusionen sieht. Dabei hat doch erst die CDU-geführte Landespolitik wesentlich dazu beigetragen, dass Gemeinden in finanzielle Notlagen gebracht wurden, aus denen das Land diese nun retten will. Es kann deshalb nicht die Rede von freiwilligen Fusionen sein. Vielmehr zwingt die schwarz-grüne Landesregierung die Gemeinden zu solchen Maßnahmen. Schwarz-Grün ist wie der Brandstifter, der sich hinterher für seinen Rettungseinsatz feiern lässt.“ Eine wirkliche Hilfe für hessische Kommunen wäre ein gerechter kommunaler Finanzausgleich.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusl-David
Valeska Fuhr



FOTO: FOTOMEK/FOTOLIA

SPD FORDERT PARITÄT IM RUNDFUNKRAT

Mit schwarz-grüner Mehrheit hat der Landtag geringfügige Änderungen am Gesetz über den Hessischen Rundfunk beschlossen, die aus Sicht der SPD nicht ausreichend sind, um mehr gesellschaftliche Breite im Rundfunkrat abzubilden. „Chance vertan“, urteilte der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Michael Siebel**. Die SPD-Fraktion hatte vorgeschlagen, dass künftig der Landesbehindertenrat und der



Landesverband des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD-Hessen) im Rundfunkrat vertreten seien sollten. Außerdem schlug die SPD vor, den Rundfunkrat paritätisch mit Frauen und Männer zu besetzen. Siebel sagte: „Der Landesbehindertenrat vertritt die Interessen von zehntausenden Menschen mit Behinderung in Hessen. Seine Expertise, gerade im Bereich Barrierefreiheit von Medienangeboten, würde den Rundfunkrat erheblich bereichern.“ Die SPD-Vorschläge wurden von der schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt.

WICHTIGER BEITRAG ZUR INKLUSION

Die Deutsche Gebärdensprache (DGS) in Schulen als Wahlpflichtfach einzuführen, wäre aus Sicht der SPD-Fraktion eine große Chance für Gehörlose aber auch Hörende, sich künftig besser zu verstehen und zu verständigen. „Die Landesregierung könnte, wenn sie dem Beispiel Hamburg folgen würde, wo in diesem Schuljahr die Gebärdensprache als Wahlpflichtfach eingeführt wurde, zeigen, dass sie inklusive Beschulung in Hessen tatsächlich voranbringen will“, sagte die SPD-Ab-



geordnete **Kerstin Geis**. Seit dem Jahr 2002 ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als eigene Sprache in Deutschland anerkannt. 80.000 Menschen nutzen sie als ihre Muttersprache. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, allen Schulen, an denen gehörlose oder hörgeschädigte Kinder und Jugendliche beschult werden, die Möglichkeit zu geben, DGS als Fremdsprache zu unterrichten. „Zu einer Stärkung der Bildungschancen für Menschen mit einer Hörbehinderung gehört auch die Stärkung der Deutschen Gebärdensprache“, betonte Geis.